

## Ausserdem im Rat

### KOMMISSIONSMITGLIEDER Bänninger und Dürer als Nachfolger

Der Gemeinderat hat Michael Bänninger (EVP) in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur gewählt. Er tritt die Nachfolge von Christian Ingold (EVP) an. Renate Dürr-Ziehli (Grüne) sitzt neu für Anita Hofer (Grüne) in der Bürgerrechtskommission. *maf*

### FREIZEITANLAGE HOLZLEGI Kein Neubau, nur «Minisanierung»

Die Freizeitanlage Holzlegi wird nicht neu gebaut. Der Kreditantrag über 1,7 Millionen Franken wird abgeschrieben, es werden aber einzelne Bereiche saniert. Unter anderem wird eine neue Küche eingebaut. Der Gemeinderat nahm den Abschreibungsantrag einstimmig an. *maf*

### BUSPRIORISIERUNG Fristerstreckung gutgeheissen

Die vom Stadtrat beantragte Fristerstreckung für die Umsetzung der Motion «Mehr freie Fahrt für den Bus in Winterthur» wurde einstimmig angenommen. Jedoch «zähneknirschend», wie es Reto Diener (Grüne) formulierte. Stadtrat Josef Lisibach dankte für den Aufschub und sagte, eine sorgfältige Planung brauche Zeit. *maf*

### LIEGENSCHAFTEN 90 Prozent nach Auszug vermietet

Die Beantwortung der Interpellation betreffend die Nutzung frei werdender städtischer Liegenschaften von Silvana Naef (SP) liegt rund ein Jahr zurück. Deshalb gab Stadträtin Yvonne Beutler (SP) ein kurzes Update. Nach dem Auszug der Verwaltung in den Superblock hätte man 90 Prozent der Liegenschaften vermieten können. Das Gebäude am Obertor 32 wird als Wohnraum für Studenten umgenutzt, die Liegenschaft St.-Georgen-Strasse wurde verkauft. *mif*

## Mail bleibt ohne Folgen

**E-MAIL-AKTION** Reto Diener (Grüne) ging in einer persönlichen Erklärung nochmals auf das umstrittene E-Mail ein, das Stadträtin Barbara Günthard-Maier (FDP) an alle Mitarbeitenden ihres Departements versandt hatte («Landbote» vom 21. 8.). Er habe abgeklärt, ob ein rechtliches Verfahren gegen die Stadträtin möglich sei. «Es hat sich zwar herausgestellt, dass es nicht sinnvoll ist, rechtliche Schritte zu unternehmen, aber an meiner Kritik halte ich fest: Ich weiss nicht, welchen Teufel die Stadträtin geritten hat. Das Mail liest sich wie eine Wahlkampfbotschaft. Das grenzt an Missbrauch.» Günthard-Maier rechtfertigte sich mit Verweis auf die «kritische Berichterstattung in den Medien» zu ihrer Kandidatur. «Als Führungsperson musste ich voraussehen, dass dies bei den Mitarbeitenden zu Verunsicherung führen könnte.» Darum habe sie aufzeigen wollen, dass die Doppelbelastung von National- und Stadtratsmandat machbar sei. Zu ihrer Motivation für das Amt sagte sie: «Es gilt für die Stadt auf übergeordneter Ebene Einfluss zu nehmen.» *mif*

# Umbau trotz leiser Kritik bewilligt

**HEGIFELD** Der Gemeinderat hat Ja gesagt zur Sanierung des Wohnheims für Asylsuchende an der Hegifeldstrasse. Er bewilligte Anlagekosten von 9,8 Millionen Franken zulasten der Investitionsrechnung des Finanzvermögens.

Der Gemeinderat war sich gestern einig: Die Unterkunft für Asylsuchende an der Hegifeldstrasse ist in keinem guten Zustand. Viele Gemeinderäte hatten die Gelegenheit genutzt, sich bei einem Rundgang ein Bild des Zustands der über 50-jährigen Liegenschaft zu machen. Sie sahen defekte Heizungen, verkalkte Sanitäranlagen, fehlendes Warmwasser und Schimmelprobleme wegen schlechter Lüftung. «Man hat schlicht nichts mehr gemacht in den letzten Jahren», fasste Annetta Steiner (GLP) ihren Eindruck zusammen.

Im Rahmen der Sanierung sollen insgesamt 60 1- bis 3-Zimmer-Wohnungen entstehen in bescheidenem Ausbaustandard. Die Kosten belaufen sich auf total 14,2 Millionen Franken. 3,7 Millionen gelten als Unterhalt und gehen zulasten der Erfolgsrechnung. Der Anteil zulasten der Investitionsrechnung beträgt 10,5 Millionen Franken. 700 000 Franken wurden bereits als Projektkredit bewilligt. Über die restlichen 9,8 Millionen Franken musste der Gemeinderat gestern befinden.

Die Liegenschaft war einst als Arbeiterwohnheim im Auftrag der Firma Sulzer gebaut worden. Seit 2001 gehört sie der Stadt Winterthur und wird als Unterkunft für rund 200 Asylsuchende genutzt. Weil die Arbeiten dringend sind und nicht mehr lange



«Man hat seit Jahren nichts mehr gemacht.»

Annetta Steiner,  
GLP



«Wir wollen den Vermögenswert hochhalten.»

Chantal Leupi, SVP

aufgeschoben werden können, hatte der Stadtrat die Renovation ursprünglich selber bewilligen wollen. Der Gemeinderat beharrte aber darauf, das Detailprojekt zu sehen und mitzureden.

Umstritten war das Projekt gestern zwar nicht, aber verschiedene Fraktionen äusserten leise Kritik. «Die Kosten sind schon sehr hoch», sagte Chantal Leupi (SVP). Insbesondere fragte man sich, ob es wirklich vier Treppenhäuser und vier Lifte brauche wie vorgesehen. «Aber letztlich geht es uns darum, die Bausubstanz zu erhalten und den Vermögenswert hochzuhalten. Deshalb stimmen wir der Vorlage zu.»

Die insgesamt vier Treppenhäuser störten auch Annetta Steiner (GLP). «Das ist absolut widersinnig», sagte sie. Aber es handle sich um übergeordnetes Recht und daran lasse sich nicht rütteln.

Franco Albanese wünschte sich zwar namens der CVP/EDU-Fraktion «eine schlankere Lösung», signalisierte aber trotzdem Zustimmung. Urs Hofer (FDP) ging in seinem Votum vor allem nochmals darauf ein, dass der Stadtrat dem Gemeinderat die Vorlage ursprünglich nicht hatte vorlegen wollen. «Es gab viel Spielraum, immerhin waren auch Abriss und Neubau oder eine Minimalsanierung ein Thema. Deshalb war es gut, dass wir die Vorlage behandeln konnten.»

EVP, SP und Grüne betonten, es handle sich bei der Renovierung



Das Wohnheim an der Hegifeldstrasse ist in schlechtem Zustand. Doch renovieren ist günstiger als neu bauen. *mad*

keinesfalls um Luxus. «Sie ist sinnvoll und zweckmässig. Es entsteht ein modernes Haus, das multifunktionell genutzt werden kann», sagte Reto Diener (Grüne).

Die Vorlage wurde klar angenommen. Trotzdem dürfte es bis zum Start der Sanierung noch dauern. Denn während der Sanierung soll ein Teil der Asylsuchenden in eine

Containersiedlung im Grüzfeld umziehen. Diese wurde im Mai 2014 zwar bewilligt, ist aber derzeit durch einen Rekurs blockiert. *Mirjam Fonti*

## Die Planung für neues Stadtwerk startet, aber unter Argusaugen

**STADTWERK** Die Ratslinie wollte die Pläne für die Auslagerung von Stadtwerk ausbremsen, scheiterte aber. Doch die Kontrolle wird grösser.

Die Marschrichtung, wie die Auslagerung von Stadtwerk vorangehen soll, spaltete den Rat. Für SP, Grüne und AL preschte der Stadtrat mit seiner offenkundig bevorzugten Rechtsform einer AG unnötig vor. Zudem ist ihnen sein Zeitplan viel zu sportlich: Bis Ende 2015 soll das Konzept stehen und die rechtliche Fragen geklärt sein, 2016 Parlament und Volk darüber befinden und 2017 der Entscheidung umgesetzt werden, so dass die neue Stadtwerk AG 2018 bereits operativ tätig sein könnte.

Der Stadtrat hatte dem Gemeinderat einen Kredit über 650 000 Franken beantragt, um das Projekt durch externe Beratungsmandate vorantreiben zu können. Um den Gemeinderat angemessen in das komplexe Geschäft einzubeziehen, sollte dieser eine «nicht ständige Spezialkommission» einberufen, die sich

beratend und als Korrektiv in den Prozess einbringen würde.

Die Kommission Bau und Betriebe (BBK) forderte, Kompetenzen und Aufgabe dieser «Spezialkommission» in zwei Punkten strikter festzulegen: 50 000 Franken des Kredites sollte diese beantragen können, um eigene Berater anzuheuern. Zweitens sollte sie sich zwingend und vordringlich über die neue Rechtsform beraten.

### Gräben durch die Parteien

Danach begann ein politisches Hickhack, bei dem sich Gräben quer durch und selbst innerhalb der Lager auftaten. Verwirrung herrschte von Beginn weg darüber, ob über die Einsetzung der Spezialkommission überhaupt abgestimmt würde. Beat Meier (GLP) kündigte anfangs an, die BBK wolle diesen Antrag zurückweisen. Dann lancierte Reto Diener (Grüne) die Debatte – und zwar radikal. Er wollte die Weisung als Ganzes zurückweisen: «Wir sehen nicht ein, warum der Zeitdruck für eine Auslagerung so

gross sein soll.» Er schlug vor, die Etappen grundsätzlich neu zu setzen: Der Stadtrat solle eine Vorlage ausarbeiten, auf deren Grundlage der Gemeinderat danach über die Punkte Verselbstständigung und Rechtsform befinden könne – und später, in einem zweiten Schritt, über das definitive Gebilde des ausgelagerten Stadtwerks erneut. «Wir denken heute vom Ende her statt umgekehrt», kritisierte Christoph Baumann (SP) mit Bezug darauf, dass sich der Stadtrat bereits auf eine Rechtsform eingeschossen habe. Dieners Antrag scheiterte. Nur SP und AL zogen mit.

Danach trat die SP auf den Plan. Sie wollte den Kredit ablehnen, eine Spezialkommission aber gleichwohl einberufen, um das Projekt zwar anzugehen, aber bitte langsamer und bedachter. Als «absurd» tat David Berger (AL) diesen Vorschlag ab. Die Bürgerlichen witterten darin ein unnötiges Störmanöver. «In der Kommission wart ihr ja noch dafür!», raunte Walter Langhard (SVP) die SP an. Relativ einhellig war die

Kritik zur offenbar zu vagen Antwort des Stadtrates auf die Interpellation, in der dieser sich zur optimalen Rechtsform von Stadtwerk äusserte. «Darin kann er nicht stringent aufzeigen, warum es eine neue Rechtsform braucht», kritisierte Beat Meier. Diener richtete einen letzten Appell an seinen Parteigenossen Gfeller: «Matthias, das ist eine zu grosse Kiste, um bereits das Startsignal zu geben!» Dieser wies nochmals darauf hin, dass sich bei der Verselbstständigung der städtischen Pensionskasse eine Spezialkommission ebenfalls bewährt habe. «Lehnen wir den Kredit jetzt ab, schieben wir das Projekt auf die lange Bank!»

So weit kam es nicht. Eine Mehrheit schloss sich den Vorschlägen der BBK an. Damit geht die Planung der Auslagerung von Stadtwerk los, die Spezialkommission bekommt die Mittel für Beratermandate und sie widmet sich explizit auch der Rechtsform. An der nächsten Ratssitzung stellen die Parteien ihre Kandidaten. *Till Hirsekorn*

## Erdgas AG gesplittet

**ENERGIE** Die Stadt Winterthur ist eine von elf Aktionären der Erdgas Ostschweiz AG (EGO AG), dies mit 4,2 Prozent. Die EGO AG baut, betreibt und unterhält die Infrastruktur des regionalen Erdgasnetzes. Deren Tochtergesellschaft der Open Energy Platform AG ist wiederum für den Handel und die Beschaffung von Gas zuständig und soll per 1. Oktober im Hinblick auf die bevorstehende Öffnung des Gasmarktes vollständig abgespalten werden. Die Stadt muss daher neue Aktionärsbindungsverträge abschliessen. Sie wird an beiden AG mit je 4,2 Prozent beteiligt bleiben, bei der EGO AG mit 420 000 Franken, bei der Open EP AG mit 2,1 Millionen Franken. «Die neue Handelsgesellschaft braucht neues Kapital, um am Markt agieren zu können», erklärte Beat Meier (GLP), der das Geschäft vorstellte. Auch die bisher attraktive Dividende sei ein Grund zur Zustimmung. Zudem gebe es eine Ausstiegsklausel. Auch die linke Ratshälfte stimmte murrend zu. Den Tarif gebe ohnehin die Stadt Zürich durch. Sie hält 66 Prozent der Aktien. *hit*